

Grenzen für Kostenerhebungen im Polizeirecht

Fabian Masurat

Grenzen für Kostenerhebungen im Polizeirecht

Das „öffentliche Interesse“ als Kostensperre

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-96138-129-6

© 2019 Wissenschaftlicher Verlag Berlin

Olaf Gaudig & Peter Veit GbR

www.wvberlin.de / www.wvberlin.com

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, auch einzelner Teile, ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für fotomechanische Vervielfältigung sowie Übernahme und Verarbeitung in EDV-Systemen.

Druck und Bindung: SDL – Digitaler Buchdruck, Berlin

Printed in Germany

€ 36,00

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2018/2019 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Mein Dank gilt Herrn Prof. Dr. Broemel für die herausragende Betreuung während des gesamten Promotionsverfahrens.

Frau Prof. Dr. Felix danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Weiter möchte ich mich bei Arthur für die stetige Durchsicht der Arbeit und die zielführenden Anmerkungen bedanken. Gleiches gilt für Anuschka, die mir die gesamte Dissertationszeit und darüber hinaus unterstützend beiseite stand.

Ganz besonders möchte ich mich bei meiner Mutter bedanken, auf deren Rückhalt ich mich stets und in allen Lebenslagen verlassen konnte und kann. Ihr ist diese Arbeit gewidmet.

Hamburg, März 2019

Fabian Masurat

Meiner Mutter

Gliederungsverzeichnis

Inhalt

§ 1: KOSTENFREIHEIT DER STAATLICHEN SICHERHEITSGEWÄHRLEISTUNG	1
§ 2: CHARAKTER UND FUNKTION DER KOSTENERHEBUNG	10
A. KOSTEN FÜR POLIZEILICHE LEISTUNGEN	10
B. AUSGESTALTUNG DER KOSTENERHEBUNG	11
I. Kostenübernahme des Pflichtigen im Polizei- und Vollstreckungsrecht	12
II. Ausnahmen der Kostenübernahme des Pflichtigen	19
1. Zweckveranlasser	19
2. Latenter Störer	22
3. § 3 BPolG.....	23
4. Zwischenergebnis.....	24
III. Gebührentatbestände für polizeiliche Leistungen	25
IV. Allgemeine Einwände gegen eine Gebührenerhebung im Bereich der Polizeiarbeit	36
1. Vorfinanzierung durch Steuern	36
2. Grenze „Private Erbringbarkeit“	40
3. Generelle Sperre „Öffentlicher Raum“	43
4. Fehlende Zuordnung zum präventiven oder repressiven Handeln.....	45
§ 3: GEBÜHRENERHEBUNG FÜR POLIZEILICHE HANDLUNGEN UND GRUNDRECHTE ALS GRENZE	47
A. POLIZEILICHES EINSCHREITEN ALS TEIL DER POSITIVEN GRUNDRECHTSDIMENSION	48

B. VERFASSUNGSRANG DES STAATLICHEN SCHUTZES.....	55
C. KOSTENERHEBUNGEN ALS GRUNDRECHTSEINGRIFF	58
D. GRENZEN DER KOSTENERHEBUNG	64
I. Art. 3 I GG	65
II. Art. 8 GG und Art. 5 I 1 GG	67
III. Sonstige unkommerzielle Veranstaltungen	74
IV. Kommerzielle Veranstaltungen	78
V. Zusammenfassung: Grenzen der jeweiligen Grundrechte	82
E. ZUSAMMENFASSUNG	85
§ 4 DAS ÖFFENTLICHE INTERESSE ALS KOSTENSPERRE	88
A. POLIZEIARBEIT UND ÖFFENTLICHE INTERESSEN.....	89
I. Entwicklung einer gemeinschaftlichen Ausrichtung der Polizeiarbeit	89
II. Private Interessen an der Polizeiarbeit	91
B. KOSTENREDUZIERENDE WIRKUNG DES ÖFFENTLICHEN INTERESSES ..	92
I. Anerkannte kostenmindernde Wirkung	92
II. Abstrakte Wirkung auf die Gebührenerhebung	94
III. Normiertes öffentliches Interesse	96
C. ANNÄHRUNG AN DEN BEGRIFF DES ÖFFENTLICHEN INTERESSES UND PROBLEME DER BESTIMMBARKEIT INNERHALB DER POLIZEILICHEN AUFGABENWAHRNEHMUNG	99
I. Quantitative Aspekte	100
II. Interessenzuordnung der polizeilichen Handlungen	101
III. Öffentliches Interesse an der Kostenerhebung	104
IV. Öffentliches Interesse und Ermessen	107
V. Fazit Polizeigebühren und öffentliches Interesse	108

VI. Verdeutlichung der Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers bei grundrechtlichen Schutzpflichten am Beispiel von Polizeikosten bei kommerziellen Großveranstaltungen.....	109
D. PROBLEME DER BESTIMMBARKEIT UND EINGRENZUNG DES ÖFFENTLICHEN INTERESSES IN ANDEREN BEREICHEN.....	114
1. Einbettung in den jeweiligen Kontext und Wandelbarkeit ..	115
2. Bezugsrahmen materiell als auch immateriell	119
a) Baurecht	119
b) Arbeitsrecht.....	123
3. Offenheit für Einzelfallentscheidungen	125
4. Fazit das öffentliche Interesse in anderen Bereichen	126
§ 5: DAS WIRTSCHAFTLICHE PRIVATINTERESSE AN GEBÜHRENPFLICHTIGEN POLIZEITÄTIGKEITEN.....	127
A. TRANSPORTBEGLEITUNGEN	128
B. SCHUTZ WIRTSCHAFTLICHER VERANSTALTUNGEN.....	133
C. FEHLALARM	135
D. ERGEBNIS.....	139
GESAMTERGEBNIS.....	141
ZUSAMMENFASSUNG	145
LITERATURVERZEICHNIS	151